

KURZ UND PRÄGNANT

Erstaunt über die Prioritäten der CDU

Zum CDU-Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu möglichem Fehlverhalten des Datenschutzbeauftragten beim Aktenlager Immelborn erinnerte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Dittes, dass es ein CDU-Innenminister war, der dem Datenschutzbeauftragten die Amtshilfe verweigerte und aus parteipolitischen Kalkül die zügige und fachgerechte Entsorgung des Lagers unmöglich machte. Die ehemalige Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, Katharina König: „Es ist schon interessant, welche Prioritäten von der CDU-Fraktion gesetzt werden.“ Innerhalb einer Woche nach der Pressekonferenz des Datenschutzbeauftragten zum Stand der Beräumung von Immelborn könne sie einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorlegen. Seit mehreren Wochen liege der CDU der Vorschlag der Regierungsfractionen für einen neuen NSU-Untersuchungsausschuss vor, dazu habe sie sich bisher jedoch nicht äußern können. „Offenbar ist der CDU die Aufarbeitung eines Rechtsstreites zwischen ihrem ehemaligem Minister und dem Datenschutzbeauftragten wichtiger, als zehn Morde aufzuklären.“ ■

Fehlentscheidung endlich korrigiert

„Eine parteipolitisch motivierte Fehlentscheidung der letzten Legislaturperiode wurde korrigiert“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Landesvorsitzende der LINKEN, zur Entscheidung des Justiz-Ausschusses, die Aufhebung der Immunität von Frank Kuschel abzulehnen. Beantragt hatte dies das Landgericht Lüneburg (es ging um Proteste gegen den Castor-Transport und die angebliche Unterzeichnung eines öffentlichen Aufrufs). „Es hätte schon im Grundsatz bei der ersten Entscheidung in dieser Sache nicht um die Frage der Immunität gehen dürfen, sondern die Indemnität ist das Schutzgut, welches nach Artikel 55 Absatz 1 der Thüringer Landesverfassung alle in Ausübung des Mandats getätigten Äußerungen oder Abstimmungen unter ein Sanktionsverbot des Staates stellt“. Damit schütze die Verfassung das in Artikel 53 bestimmte „Freie Mandat der Abgeordneten“. In Thüringen ist die Indemnität weitgehender gefasst als in anderen Landesparlamenten oder im Bund, und zwar ausdrücklich über die Äußerungen und Abstimmungen im Parlament und den Ausschüssen hinaus. ■

Ungereimtheiten bei der Spurensicherung

Landtag soll die Einsetzung eines neuen NSU-Untersuchungsausschusses beschließen

Dem Thüringer Landtag liegt jetzt ein Antrag der Koalitionsfraktionen (LINKE, SPD, Grüne - die CDU hatte ihn bis Redaktionsschluss noch nicht unterschrieben) zur Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses vor. Gegenstand: „Fortsetzung der Aufarbeitung der dem 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) sowie der mit ihm kooperierenden Netzwerke zuzuordnenden Straftaten unter Berücksichtigung der Verantwortung der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, der zuständigen Ministerien sowie deren politischer Leitung bei der erfolglosen Fahndung nach den untergetauchten Mitgliedern des NSU.“

Wenige Tage vor der Landtagssitzung - Zufall oder nicht - hatte die Berliner Zeitung (v. 23.2.) einen Artikel veröffentlicht, der den Thüringer Ermittlern gravierende Fehler bei der Spurensicherung im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach attestierte. Dazu Katharina König, ehemalige Obfrau im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss für die Fraktion DIE LINKE in der vergangenen Legislatur: „Sollten sich die Ausführungen in der Presse zu schlampigen und fehlerhaften Ermittlungen am Wohnmobil im November 2011 in Eisenach bestätigen, wäre das ein handfester Skandal. Seit Jahren wird von den Verantwortlichen in den Thüringer Sicherheitsbehörden und im

Bund mantraartig wiederholt, dass sich aus der Spurensicherung keinerlei Hinweise auf Fremdeinwirkungen oder Ungereimtheiten ergeben hätten. Nun kommt heraus, dass die Spurenlage und damit der Hergang im Wohnmobil nicht mehr rekonstruiert werden können.“

Die Berliner Zeitung hatte sich auf einen Korrekturvermerk des Thü-

ringers Landes kriminalamtes berufen, wonach bei der Spurensicherung im ausgebrannten Wohnmobil Munition und Patronenhülsen mehrfach falsch zugeordnet worden waren. Dabei sei die Lage der Hülsen von Bedeutung für die Frage, ob doch eine dritte Person an den Todesschüssen im Wohnmobil beteiligt war. Bisher haben das die Behörden bestritten. Bekannt wurde eine

weitere Panne. So befand sich bis August 2014 der Fahrradträger des ausgebrannten Wohnmobils in der Garagenhalle eines Abschleppdienstes in Eisenach, ohne dass er auf Täterspuren untersucht wurde.

Die offenbar gewordenen Fehler und Versäumnisse fügen sich nahtlos in die Kette vorangehender Ungereimtheiten, wie dem schnellen Abtransport des Wohnmobils ohne vorangehende Spurensicherung, die ungenügende Absicherung des Tatortes oder die jahrelang falsch kolportierten Obduktionsergebnisse von Mundlos und Bönnhardt, die keinen Ruß in der Lunge nachweisen konnten.

„Es wird höchste Zeit, dass der NSU-Untersuchungsausschuss in Thüringen seine Arbeit wieder aufnimmt, damit schnell und zügig aufgeklärt wird, wer für diese auffällige ‚Pannenserie‘ bei den Ermittlungen in Eisenach verantwortlich ist und welche Grün-

de hierzu führten“, betonte Katharina König.

Dabei soll nicht zuletzt dem 4. November 2011 in Eisenach und den anschließenden Ermittlungen ein Untersuchungskomplex gewidmet werden. „Die Linksfraktion wird sich dafür einsetzen, bereits im März die Konstituierung des Ausschusses durchzuführen“, kündigte die Abgeordnete an. ■



de hierzu führten“, betonte Katharina König.

Abgeordnetenüberprüfungsgesetz: Koalition will umfassende Anhörung

Einen umfangreichen Fragenkatalog und eine umfassende Liste anzuhörender Experten haben die Justizpolitikerinnen der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen für die Anhörung zum Abgeordnetenüberprüfungsgesetz eingereicht.

„Die von der CDU-Fraktion vorgelegte Anzuhörendenliste ist weit hinter ihren selbst gesetzten Ansprüchen zurückgeblieben“, kritisierte SPD-Politikerin Dorothea Marx. Der CDU-Abgeordnete Wirkner hatte im Januar mit einer Pressemitteilung zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen angekündigt, die CDU wolle vor allem Opferverbände in die Anhörung zu ihrem Gesetzentwurf einbeziehen und sei an einer breiten Debatte auch mit den Thüringerinnen und Thüringern interessiert. „Dabei hat er eine Menge Wind gemacht und vergessen zu erwähnen, dass es die parlamentarische Anhörung ohne den Antrag unserer Koalition überhaupt nicht geben würde“, so Astrid Rothe-Beinlich, Abgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. „Nichts als heiße Luft“ sei Wirkners Gebaren,

so Sabine Berninger von der Linksfraktion: „Einzig der Förderverein der Gedenkstätte Andreasstraße, Freiheit e.V., steht als einer der Thüringer Opferverbände auf der CDU-Liste.“

Die Koalitionsfraktionen wollen u.a. neben der Stiftung Amthordurchgang aus Gera das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ (Jena) und das Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V. sowie weitere politische Stiftungen und zeitgeschichtliche Vereine um eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf und Fragen zur Aufarbeitung bitten.

Es greife zu kurz, Aufarbeitung auf einen parteipolitisch motivierten Stempel zu reduzieren, wie das die CDU im Landtag seit Jahren praktiziere. Die justizpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen betonten, dass sie ihren Auftrag, so wie sie ihn im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, sehr ernst nehmen. Es gehe um Aufarbeitung im gesellschaftlichen Rahmen, aus der sich für heute lernen lasse, zeigten die Sprecherinnen überzeugt. ■

Funktionsvergütungen sollen verboten werden

Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf wollen die Fraktionen der LINKEN, der SPD und der Grünen ein Verbot der Zahlung von Funktionsvergütungen für Abgeordnete (wie bisher von der CDU-Fraktion praktiziert) durchsetzen. Sie verweisen auf Urteile des Bundes- und des Landesverfassungsgerichts. Solche Zulagen seien nicht nur über ausdrückliche Vorschriften im Abgeordnetengesetz und aus dem Landeshaushalt verboten, sondern auch als Zahlungen aus der Fraktionskasse. Denn auch auf diesem Weg entstehen die verfassungswidrigen finanziellen Hierarchien. Um hier unmissverständlich Klarheit zu schaffen, schreibt der Gesetzentwurf der Koalition dieses ausdrückliche Verbot der Funktionszulagen/Funktionsvergütungen in § 51 Thüringer Abgeordnetengesetz fest. Es handelt sich bei diesen Zulagen- bzw. Vergütungszahlungen um eine verfassungswidrige und damit zweckentfremdete Verwendung von Geldern, die den Fraktionen für ihre Arbeit aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. ■